



Die Fraktion „Bürger für Bürger“ im Rat der Gemeinde Schermbeck informiert Ausgabe Erstes Halbjahr 2012

Fraktionsvorsitzender: **Klaus Roth**, Am Frankenhof 3, 46514 Schermbeck, T: 02853/2635, klaus.roth46@gmx.de
Stellvertreter: **Thomas Pieniak**, Lessingstr. 9, 46514 Schermbeck, T: 02853/ 714, thomas.pieniak@t-online.de

Unsere Fraktion „Bürger für Bürger“ ist jetzt auch im Internet unter „bfb-schermbeck.de“ vertreten.

„Lügen haben kurze Beine“



sagt der Volksmund. Die CDU Schermbeck und ihre Gahlener Ratsvertreter behaupten in „CDU Aktuell“: Die BfB hält den Fußweg am Neubaugebiet in Gahlen für überflüssig. **Wahr ist**, nachzulesen auch auf unserer Website, dass wir grundsätzlich für den Gehweg sind. Allerdings sollte der Weg erst dann gebaut werden, wenn eine entsprechende Bautätigkeit abgeschlossen ist. Wir halten den Bau eines Fußweges an der stark befahrenen Freudenbergstraße zwischen Kerkerfeld und Schlossstraße für zunächst dringender. Dort befinden sich ein Kindergarten, die Gesamtschule und die Altschermbecker Feuerwache. **Durch Unwahrheiten wird die Politik der CDU auch nicht besser.**

Alles nur Show

Einer Pressemitteilung der CDU Schermbeck aus November 2011 war zu entnehmen, dass für den Bundesparteitag in Leipzig ein Antrag an die Bundesregierung gestellt wurde, den 1991 zur Deckung der Kosten der Deutschen Einheit eingeführten Soli zeitnah abzuschaffen. Christian Hötting: „Uns ist wichtig, dass das Thema in den Fokus rückt.“ Wir haben bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle angefragt, was aus dem Antrag geworden ist. Antwort: Der Antrag wurde von der Antragskommission abgelehnt. Also zahlen wir weiter den Soli und fahren über unsere kaputten Wirtschaftswege und Gemeindestraßen. Übrigens: Die Bundesländer Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern erzielten in 2011 Überschüsse.

Diese Ausgabe wird Ihnen überreicht durch:

Klaus Roth
(Kontakt: siehe oben)

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

im März hat sich der Landtag von NRW aufgelöst. Am 13. Mai entscheiden die Bürger über die neue Zusammensetzung der mindestens 181 Abgeordneten. Großflächige Plakate zieren bereits das Ortsbild. Kugelschreiber, Messer und Ostereier sollen den Bürger zur Stimmabgabe für die jeweilige Partei animieren. Viele Versprechungen werden wieder gemacht. Eingehalten wird wenig. Wen wundert es, wenn die Bürger den etablierten Parteien den Rücken kehren und die Piraten wie Phönix aus der Asche kommen. Noch vor wenigen Tagen war von CDU, FDP und SPD beabsichtigt, den Abweichlern im Bundestag einen Maulkorb zu verpassen. Eines der wichtigsten Merkmale unserer Demokratie ist die Meinungsfreiheit. In unserer Fraktion ist keiner an Weisungen gebunden, nur seinem Gewissen verpflichtet. Größtmögliche Offenheit und Informationsfluss sind unerlässlich. Wir würden es begrüßen, wenn sich die unabhängigen Wählergruppen stärker organisierten und bei Bundes- und Landtagswahlen Kandidaten aufstellten.



Klaus Roth



Thomas Pieniak

Netzwerk Schermbeck

Das Modellprojekt des Nachbarschaftsberaters hat bisher den Schermbecker Haushalt in sechsstelliger Euro-Höhe belastet. Im November 2010 wurde das Netzwerk der Evangelischen Kirchengemeinde gegründet. Ca. 250 überwiegend ältere Bürger haben sich zurzeit in 25 Interessengruppen zusammengeschlossen. Leider wurde unser Antrag, dem Netzwerk für die weiteren Aufgaben einen Zuschuss als Anerkennung für die geleistete Ehrenamtsarbeit zu gewähren, im Rat erneut abgelehnt. Auf unsere Frage, was überhaupt für die ältere Generation über den Haushalt gefördert wird, erhielten wir von Herrn Hötting (CDU) zur Antwort: Der Seniorenbeirat erhält einen jährlichen Zuschuss von 2.000 €. Beschämend finden wir: 2.000 € entspricht 0,007 % des Gesamtaufwandes von 25.937.203 €.

Ehrenamtskarte

BfB hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Ehrenamtskarte eingeführt wird. Im Mai 2009 – 3 Monate vor der Kommunalwahl – hat der Rat beschlossen, dass die Verwaltung die Einführung prüft. Gut Ding braucht Weile. Wir haben im Mai 2011 die Prüfergebnisse angemahnt. Am 20.07.11 hat der Rat die Einführung einstimmig beschlossen.

Erweiterung der Mühlenbach-Bebauung

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion wurde der Weg für die Erweiterung der Mühlenbach-Bebauung freigemacht. Wir, die BfB-Fraktion, haben einen umfangreichen Fragenkatalog vorgelegt: Wer zahlt die Brücke über den Mühlenbach? Wie viele Wohneinheiten entstehen? Wie viele Stellplätze werden benötigt? Oder auch Fragen zur Entwässerung bzw. Versickerung. Keine Frage wurde beantwortet. Die Verwaltung begründete ihre Ablehnung, dass sei nicht Aufgabe der Sitzung, sondern Inhalt späterer Detailplanungen. In der Sitzung geht es nur um den Grundsatzbeschluss. Wie so oft, wird wieder einmal der zweite vor dem ersten Schritt getan.

Rheinische Post vom 04.08.11

Die NRW-CDU kämpft mit einem Schuldenberg von 3,4 Mill. €. **Hört, Hört:** Die CDU will eine Schuldenbremse in die NRW-Verfassung verankern.

Fragerecht für Einwohner

Bürgerfreundlichkeit sieht aus unserer Sicht anders aus. Wir hatten beantragt, dass die „Fragestunde für Einwohner“ auf den Beginn von Sitzungen verlegt wird. In der letzten Sitzung des Planungsausschusses beabsichtigten einige Bürger, Fragen zu einem Tagesordnungspunkt zu stellen. Beim TOP „Fragerecht“ hatten die Experten die mehrstündige Sitzung bereits verlassen. Die Fragen der Bürger konnten nicht beantwortet werden. Herr Gardemann (CDU) gab zu bedenken, dass aufgrund rechtlicher Vorschriften keine Fragen zur TO gestellt werden dürfen. **Falsch**, wie die CDU in der anschließenden Ratssitzung zugeben musste. Trotzdem wurde unser Antrag mit den Stimmen der CDU-Mehrheitsfraktion abgelehnt.

SVS erhält Zuschuss von 25.000 €

Mit dem Antrag des SVS in der letzten Ratssitzung, den bisherigen, jährlichen Zuschuss von 50.800 € auf 75.000 € aufzustocken, hatte niemand gerechnet. SVS macht unbestritten, wie auch die übrigen Schermbecker Vereine, gute Arbeit im Jugendbereich. Weil es sich hierbei um öffentliche Gelder des Steuerzahlers handelt, hat BfB gefordert, einen Verwendungsnachweis nach Kostenarten vorzulegen. Dieser Bitte wurde nicht entsprochen.

Das verstehe, wer will!

BfB hat im Januar 2012 gegenüber BM Grüter Unverständnis geäußert, warum die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 durch die Firma TBBO im Rechnungsprüfungsausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten wird. Die BfB-Fraktion steht für mehr Bürgernähe und -rechte. Kämmerer Günter Hoppius begründete die Nichtöffentlichkeit damit, dass schutzwürdige Interessen zu beachten seien. Außerdem besagt § 6 der Geschäftsordnung, dass die Durchführung der Sitzung nichtöffentlich vorzunehmen ist. Zwei Monate später wurde die überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW öffentlich beraten.

Bundespräsident a. D. müsste man sein

Obwohl nur 598 Tage im Amt bekommt der Ex-Präsident Christian Wulff, 52 Jahre jung, zeitlebens jährlich 199.000 € Ehrensold. Darüber hinaus werden ihm eine Büroleiterin und eine Sekretärin sowie ein Wagen mit Fahrer bereitgestellt. Die Kosten hierfür belaufen sich im Schnitt auf 300.000 € im Jahr. Ende 2011 betrug die Staatsverschuldung geschätzt 2.074 Mrd. Euro.

Haushalt 2012

Mit den Stimmen von CDU und SPD wurde der Haushalt 2012 verabschiedet. Wie wir es nicht anders kennen, hat sich die USWG der Stimme enthalten. Wir, die BfB, haben gegen den vorgelegten Haushaltentwurf mit seinen Änderungen gestimmt. Für uns gab es u. a. folgende Gründe:

Zur Steuerung eines Unternehmens sind entscheidungsrelevante Informationen erforderlich. Der Haushalt der Gemeinde Schermbeck ist alles andere als transparent. **Wie der Bürgermeister, der bekanntlich aus der Wirtschaft kommt, das Unternehmen „Schermbeck“ bei dieser Berichterstattung steuern kann, ist uns rätselhaft.** NKF hat u. a. zur Zielsetzung, durch die Bildung von Kennzahlen Sachverhalte in konzentrierter Form darzustellen. So weist die Stadt Voerde bereits Kennzahlen aus:

		Voerde	Schermbeck
Einwohner (EW)		37390	13700
Ergebnis Bürgerbüro	in €	-508493	332845
Zuschussbedarf je EW	in €	- 13,60	- 24,30
Ergebnis Brandschutz	in €	-583265	310283
Zuschussbedarf je EW	in €	- 15,60	- 22,65

Die Äußerungen der CDU, es kann nicht mehr gestaltet werden, können wir nicht nachvollziehen.

Basis Gesamtergebnis 2012

	Schermbeck	Raesfeld	Alpen
Einwohner 31.12.10	13683	11016	12772
	-----pro Einwohner in €-----		
Steuern+Abgaben	835	771	1053
Zuwendungen+allg. Uml.	689	229	125
Leistungsentgelte	470	200	392
Übrige Erträge	173	141	98
Ordentliche Erträge	2167	1341	1668
Personalkosten	324*)	246	290
Versorgungsaufwand	23	7	28
Sach- + Dienstleistungen	860	305	310
Bilanz. Abschreibungen	265	173	171
Transferaufwand	769	653	856
Übriger Aufwand	78	73	55
Ordentlicher Aufwand	2319	1458	1710
Ergebnis Vw-Tätigkeit	- 152	- 117	- 42
Finanzergebnis	- 115	- 14	- 47
Ordentliches Ergebnis	- 267	- 102	- 66

*) zzgl. ca. 6,50 €/EW an Hamminkeln f. Zahlungsabwicklung, in Sach-/Dienstleistungen enthalten

Die Darstellung zeigt gravierende Aufwandsunterschiede pro EW bei den Personalkosten und dem Aufwand für Sach- und Dienstleistungen. **Stattdessen denkt die CDU-Fraktion schon wieder darüber nach, dem Bürger 2013 ins Portemonnaie zu greifen, Steuern zu erhöhen und neue Gebühren für die Nutzung der Sporthallen einzuführen.**

Diätenerhöhung in NRW

Trotz aller Proteste erhalten die Abgeordneten in NRW ab März 2012 eine Diätenerhöhung von 500 €. Sie fließt komplett in die Altersversorgung. Wir sind der Auffassung, alle Abgeordneten in Bund und Land einschließlich der Bürgermeister sollten in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Rente mit 67, wie jeder andere Arbeitnehmer auch.

Bushaltestelle am Rathaus



Eingeplant waren 73.500 €. Zusatzarbeiten haben die Sanierung um 47.500 € +65 % zzgl. 6.100 € Nebenkosten verteuert. Normalerweise wird eine derartige Fläche abgestrahlt. Jetzt sieht sie aus, wie dahingeklatscht. Eine miserable Optik vor einem Rathaus.

Dorfgemeinschaftshaus

Die Äußerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Schetter im Rat: „es werde massivst interveniert, um das Projekt zu schaden“, weisen wir als arrogante Unverschämtheit zurück. Seit Vorstellung des Projektes im November 2010 haben wir und auch die Fraktion der Grünen darauf gedrängt, dass auch Behinderte die Räumlichkeiten nutzen müssen. Wir vermuten, dass bei Projektplanung an diesen Personenkreis überhaupt nicht gedacht wurde. Sonst ist die diskriminierende Äußerung eines Mitarbeiters der Verwaltung nicht zu verstehen, dass gegebenenfalls der Rollstuhlfahrer von der Feuerwehr in das obere Geschoss getragen wird. Noch im Juli 2011 hat Wirtschaftsförderer Koch mitgeteilt, dass ein Aufzug in den Förderbestimmungen nicht vorgesehen ist. Jetzt übernimmt Leader 50 % der Kosten. Unser Nachhaken hat sich gelohnt.

Gebäudeschäden am Bösenberg

CDU/SPD stehen nicht für die Sorgen und Nöte der Bürger ein. Die von uns informierte Regierungspräsidentin Frau Lüttges hat mitgeteilt, dass das lokale Umfeld des Bösenbergs untersucht und die Ursachen festgestellt werden müssen. **Danke!** Hingegen Frau Schiewer (SPD): **Wo kommen wir denn hin, wenn wir uns mit einzelnen Interessen von Bürgern auseinandersetzen.**